

UNION IN EUROPA

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 12 · 19. Dezember 2007 · www.cducsu.eu

UiE-Newsletter

Vertrag von Lissabon: Ein großer Erfolg für die Bürgerinnen und Bürger

Im feierlichen Rahmen des Klosters Jerónimos haben die Staats- und Regierungschefs der EU in der portugiesischen Hauptstadt den Vertrag von Lissabon unterzeichnet.

Hans-Gert Pöttering (CDU), der Präsident des Europäischen Parlaments, nannte während des Gipfeltreffens die Unterzeichnung des Reformvertrages – in Anspielung auf die 50-Jahrfeier der EU – „ein schönes Geburtstagsgeschenk für die Europäische Union“.

Nunmehr sei, so Pöttering, „größtmögliches politisches Engagement notwendig, denn mit der heutigen Unterschrift nehmen wir alle auch die Verantwortung für eine baldige Ratifizierung des Vertrages an. Wir wollen diesen Vertrag bis spätestens zum 1. Januar 2009 in Kraft setzen!“



Foto: © Europäisches Parlament

Frohe Weihnachten und ein gesegnetes neues Jahr

Die CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament wünscht allen Leserinnen und Lesern ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Jahr 2008.

Wirtschaft will konstruktiven Dialog beim Energiepaket fortsetzen

„Es besteht weitgehende Einigkeit in den Zielen, es gibt aber unterschiedliche Auffassungen über die Wege zu mehr Wettbewerb im Energiesektor“: So bewertete der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen, das Ergebnis einer gemeinsamen Sitzung der CDU/CSU-Gruppe mit dem Vorstandsvorsitzenden der E.ON AG, Dr. Wulf Bernotat, und dem ehemaligen Präsidenten des Bundeskartellamts, Dr. Ulf Böge. „Die Bereitschaft von Herrn Bernotat, angesichts der laufenden Diskussion um das Energiepaket jetzt auch auf das Europäische Parlament stärker zuzugehen, ist grundsätzlich richtig“, sagte der Gruppenvorsitzende nach der Sitzung in Brüssel. Um mehr Wettbewerb und damit auch mehr



v.l.: Markus Ferber MdEP, Ulf Böge, Wulf Bernotat, Werner Langen MdEP

Markt sicherzustellen, reiche eine reine Situationsanalyse nicht aus. Die CDU/CSU-Gruppe forderte deshalb ausdrücklich, dass sowohl die Energiewirtschaft als auch die EU-Kommission wieder zu einem

konstruktiven Dialog zurückfinden müssen. Die von der Energiebranche vorgebrachten Einwände, dass ein erheblicher Teil der nationalen Preisunterschiede auf politische Vorgaben, rechtliche Hinder-

nisse und den mangelnden Ausbau der grenzüberschreitenden Netze zurückgingen, seien voll und ganz nachvollziehbar. „Die Vorschläge der EU-Kommission zur Trennung von Netz und Vertrieb im Energiesektor liegen auf dem Tisch. Die Branche muss darum im jetzigen Stand des Verfahrens rasch klare Alternativen zum von der Kommission geforderten 'ownership unbundling' aufzeigen, um der Politik in Deutschland und Europa wieder mehr Handlungsspielraum zu geben“, betonte Langen.

Den vollständigen Artikel finden Sie unter:
<http://www.cducsu.eu/content/view/4670/32/>

WEITER →

ELMAR BROK:

Feierliche Proklamation der EU-Grundrechtecharta ist ein Meilenstein

Die feierliche Unterzeichnung der EU-Grundrechtecharta durch die Präsidenten des Europäischen Parlaments, der EU-Kommission und der amtierenden Ratspräsidentschaft stellt nach Auffassung des CDU-Europaabgeordneten Elmar Brok einen Meilenstein in der Geschichte der Europäischen Union dar. „Mit dem Inkrafttreten des EU-Reformvertrags erhält auch die Grundrechtecharta nach fast achtjähriger Beratungszeit Rechtsverbindlichkeit. Damit können sich die europäischen Bürger zukünftig in 25 von 27 Mitgliedstaaten unmittelbar auf die darin verbrieften Grundrechte berufen“, erklärte Brok, der als Mitglied der Regierungskon-



Elmar Brok MdEP

ferenz die Rechtsverbindlichkeit mit verhandelt hatte.

Das Europäische Parlament hatte sich bereits im Vorfeld mit großer Mehrheit für die Charta der Grundrechte aus-

gesprochen und damit ein klares Signal für die Stärkung der Bürgerrechte und der Europäischen Union als Wertegemeinschaft gesetzt. Denn nicht zuletzt die europäischen Institutionen selbst seien damit rechtlich verbindlich und gerichtlich kontrollierbar an diese Werteordnung gebunden, die auf dem christlichen Menschenbild fußt. „Umso erfreulicher ist es, dass sich jetzt auch die EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Großbritanniens und Polens diesem Votum anschließen werden. Dies stärkt die Bedeutung der Europäischen Union auf der Basis gemeinsamer Werte und eines christlichen Menschenbildes nach innen wie außen“,

betonte Brok. Die Grundrechtecharta sei zudem ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Selbstverständnisses und einer Rechtsgemeinschaft im Interesse der Bürgerinnen und Bürger: „Mit der Rechtsverbindlichkeit können die EU-Bürger in Zukunft den Europäischen Gerichtshof in Luxemburg direkt anrufen, wenn sie sich in ihren Rechten verletzt sehen, was bisher nicht möglich war. Die Einklagbarkeit der Grundrechte wird damit auch das Vertrauen der EU-Bürger in den rechtstaatlichen Charakter der Europäischen Union als Ganzes fördern“, so Brok abschließend.

DORIS PACK:

Europäisches Parlament befürwortet Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Montenegro

Die Vorsitzende der Südosteuropa-Delegation des Europäischen Parlaments, Doris Pack, hat sich für die Ratifizierung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) zwischen der EU und Montenegro ausgesprochen. „Nur anderthalb Jahre nach dem Beginn der Verhandlungen ist dieses Abkommen unterschriftsreif. Dies zeigt deutlich, wie effizient Montenegro bereits mit der Europäischen Union zusammenarbeitet. Die Umsetzung des Abkommens sollte aber während der Ratifizierungsphase in den Mitgliedstaaten nicht ruhen, sondern zügig vorangetrieben werden“, betonte die CDU-Europaabgeordnete vor dem Plenum des Europäischen Parlaments.

Als besonderen Schwerpunkt nannte die Vorsitzende dabei die Bekämpfung der Korruption, die sich aufgrund der besonderen Situation des erst seit kurzem unabhängigen Landes als besonders



Doris Pack MdEP

hartnäckig erweise. Allerdings müssten Verwaltung und Justizwesen durch entsprechende Reformen auch dazu in die Lage versetzt werden, diesen Prozess erfolgreich zu bewältigen. „Es ist ebenfalls unabdingbar, dass die demokratische und marktwirtschaftliche Entwicklung Montenegros nur durch Transparenz innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Strukturen

des Landes erfolgen kann“, sagte Doris Pack. Die Vorsitzende appellierte zudem an die Verantwortlichen in Montenegro, die besondere landschaftliche Schönheit ihres Landes zu bewahren. Deshalb sollten sowohl die Küste als auch das Hinterland geschützt und überzogene Investitionen verhindert werden:

Den vollständigen Artikel finden Sie unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/4671/32/>

WEITER →

Kein überstürzter Beitritt der Slowakei zur Eurozone

Auch die Slowakei muss die vertraglich vorgegebenen Kriterien für einen Beitritt zur Eurozone ohne Abstriche erfüllen. Dies gelte ausdrücklich auch für die Nachhaltigkeit des Inflationkriteriums. Darauf hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Werner Langen, hingewiesen. Der slowakische Premierminister Fico hatte kürzlich bei einem informellen Zusammentreffen mit dem Wirtschaftsausschuss des Europäischen Parlaments den dringenden Wunsch seines Landes vorgebracht, bereits zum 1. Januar 2009 der Eurozone beizutreten. „Die Ambitionen der Slowakei, möglichst rasch Mitglied der Eurozone zu werden, halte ich für grundsätzlich positiv. Die slowakische Regierung muss sich aber darüber im Klaren sein, dass sie alle Kriterien für eine Aufnahme tatsächlich erfüllen muss. Hier kann es keine Rabatte aus politischen Gründen geben“, sagte Langen.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducusu.de.

■ Sicherung der Schengen-Außengrenze

Der Schengen-Raum soll in Kürze erweitert werden. Die EU-Innen- und Justizminister gaben in Brüssel grünes Licht. So werden die Personenkontrollen innerhalb der EU etwa an den Grenzübergängen zu Tschechien oder Polen zum 21. Dezember abgeschafft. „Wir dürfen am 21. Dezember feiern. Es ist ein historisches Ereignis und ein Tag der Freude. Sie darf aber nicht den Blick auf die Probleme verstellen. Speziell der Schutz der EU-Außengrenze des Schengen-Raums im Osten muss noch verbessert werden. Die Grenzagentur FRONTEX muss als neutrale Stelle die Prüfung der Standards übernehmen“, sagte der innenpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, **Manfred Weber** (CSU). Der CSU-Europaabgeordnete fordert als Begleitmaßnahme eine zügige Fertigstellung der Datenbank SIS II. Dieses neue Netzwerk ermöglicht den Austausch von Daten über zur Fahndung ausgeschriebene Personen oder gestohlene Fahrzeuge.

■ EP Stimmt für Haushalt 2008

Mit absoluter Mehrheit hat das Europäische Parlament in zweiter Lesung für den Haushalt 2008 in Höhe von 129,149 Milliarden Euro an Verpflichtungsermächtigungen und 120,346 Milliarden Euro an Zahlungsermächtigungen gestimmt. Dies entspricht 1,03% Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aller EU-Mitgliedstaaten bei den Verpflichtungen und 0,96% des BIP bei den Zahlungsermächtigungen. Damit liegt der EU-Haushalt 2008 weit unter den Obergrenzen der mehrjährigen Finanzplanung. Das Satellitennavigationssystem Galileo war das wichtigste Element der vorangegangenen Einigung in den Haushaltsverhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament. In den schwierigen Verhandlungen konnte die Delegation des Haushaltsausschusses die Finanzierung Galileos bis 2013 ausschließlich über den Gemeinschaftshaushalt erreichen. „Die Finanzierung Galileos von 3,4 Milliarden Euro aus dem Gemeinschaftshaushalt ist ein Erfolg für das Europäische Parlament“, zeigte sich der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments, **Reimer Böge** (CDU) erfreut.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →